



Kommunalkongress 2009

Thesenpapiere

Zur Vorbereitung des Kommunalkongresses 2009 des SPD-Landesverbandes Niedersachsen hat der Landesvorstand eine Steuerungsgruppe Kommunalpolitik eingesetzt. Diese Steuerungsgruppe hat in Arbeitsgruppen Thesenpapiere erarbeitet. Diese Thesenpapiere bilden die Grundlage für die Diskussion in den Foren des Kommunalkongresses. Die Thesenpapiere geben die Auffassungen der Autoren wieder.

A. Infrastruktur und Energieversorgung – Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge

Verantwortlich: Hauke Jagau, Präsident der Region Hannover

B. Stadt gestalten statt verwalten – Erwartungen an die kommunale Selbstverwaltung

Verantwortlich: Johanne Modder, MdL, stv. Fraktionsvorsitzende

C. Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft – Chancen und Teilhabe in unseren Städten und Gemeinden

Verantwortlich: Andreas Rieckhof, Bürgermeister der Hansestadt Stade

D. Bildung findet Stadt – Perspektiven für die kommunale Bildungspolitik

Verantwortlich: Bernhard Reuter, Landrat des Landkreises Osterode

A. Infrastruktur und Energieversorgung – Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge

10 Thesen zur Öffentlichen Daseinsvorsorge

1. Kommunale Unternehmen sind die Basis für eine gesicherte öffentliche Kontrolle wichtiger Bereiche unseres Gemeinwesens.
2. Stadtwerke, kommunale Entsorger, Wohnungs- und Verkehrsunternehmen haben ein solides Wertefundament und tragen zur Umsetzung gesellschaftlicher Ziele wie dem Klimaschutz bei.
3. Kommunale Sparkassen bilden das Fundament der regionalen Kreditversorgung, sind der wichtigste Partner für Mittelstand und Existenzgründer und unterstützen Kultur, Sport und gesellschaftliches Engagement.
4. Für die öffentliche Daseinsvorsorge stehen nicht kurzfristige Gewinne, sondern dauerhafte Versorgungssicherheit der Bevölkerung und gute Servicequalität im Vordergrund. Privatisierungen sind vor diesem Hintergrund oftmals kurzfristig, nachhaltige Politik setzt auf langfristige Effekte.
5. Die Renaissance kleinerer Stadtwerke und kommunaler Entsorger in den Kommunen wird von der SPD aktiv vorangetrieben. Kooperationen und neue technische Möglichkeiten können dazu beitragen, dass auch kleinere Kommunen mehr Steuerungsfähigkeit erlangen.
6. Kommunale Unternehmen müssen sich an Ihren Leistungen und an ihrer Wirtschaftlichkeit messen lassen, sie dürfen kein Selbstzweck sein. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss für Bürgerinnen und Bürger sowie Politik transparent sein.
7. Wirtschaftlichkeit darf nicht zu Lasten fairer und tariflicher Löhne gehen. Es darf nicht zu einem Unterbietungswettbewerb mit Dumpinglöhnen kommen. Beschäftigte in öffentlichen wie privaten Unternehmen müssen von ihren Löhnen ohne zusätzliche Sozialleistungen leben können. Eine faire Partnerschaft zwischen Gesellschafter- und Arbeitnehmerseite ist die Basis für eine erfolgreiche Ausrichtung – und wo erforderlich auch Restrukturierung – kommunaler Unternehmen.
8. Regionale und überregionale Zusammenarbeit bei der öffentlichen Daseinsvorsorge kann zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit, zur Qualitätsverbesserung und damit zur Sicherstellung guter Leistungsangebote in städtischen Ballungsräumen wie in der Fläche beitragen.
9. Die niedersächsische SPD steht für:
 - Flächendeckende und sichere Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ guten Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen

- Erhalt der kommunalen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit vor Ort
- Keine Filetierung der kommunalen Daseinsvorsorge in lukrative privatwirtschaftliche und defizitäre öffentlich organisierte Leistungen („Rosinenpickerei“)
- Transparenz über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und Erhöhung der Wirtschaftlichkeit
- Faire Löhne in öffentlichen wie privaten Unternehmen und einen gesetzlichen Mindestlohn
- Ausrichtung der kommunalen Unternehmen auf gesellschaftliche Ziele wie Klimaschutz, Zugang einkommensschwächerer Bürgerinnen und Bürger zu Leistungen und Steigerung der Lebensqualität vor Ort
- Erhalt der kommunalen Sparkassen in öffentlicher Trägerschaft

10. Der rechtliche Rahmen durch EU und Bund bedroht den Bestand kommunaler Unternehmen und damit die kommunale Selbstverwaltung. Deshalb macht sich die niedersächsische SPD stark für:

- Die kommunale Gestaltungsfreiheit in der Daseinsvorsorge ist im EU-Vertrag von Lissabon als übergeordnetes Recht definiert worden. Dies muss Eingang in die europäische Politikgestaltung und das deutsche Wettbewerbsrecht finden.
- Interkommunale Kooperationen und Kooperationen von kommunalen Unternehmen, die zu leistungsfähigeren und kostengünstigeren Strukturen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger führen, müssen generell von den Regelungen des Wettbewerbsrechts ausgenommen werden.
- Die Kommunen benötigen einen sicheren Rechtsrahmen für Inhouse-Vergaben. Dabei soll auch die Inhouse-Fähigkeit von gemischtwirtschaftlichen Unternehmen (PPP) abgesichert werden, sofern ein beherrschender öffentlicher Einfluss besteht.
- Die Organisationsfreiheit der Kommunen in der Wasserwirtschaft muss gewahrt bleiben. Art und Umfang einer kommunalen Aufgabenerfüllung liegt allein bei den Kommunen.
- Soziale Aspekte und tarifliche Arbeitsbedingungen müssen als Kriterien bei Auftragsvergaben im Vergaberecht deutlich gestärkt werden.

B. Stadt gestalten statt verwalten – Erwartungen an die kommunale Selbstverwaltung

In unseren Kommunen liegt die Wurzel der Demokratie. Sie sind das Ergebnis einer langen regionalen Geschichte; hier erfahren die Bürgerinnen und Bürger unsere Demokratie: Ob Freiheit und Eigenverantwortung, Teilhabe, Menschlichkeit und Solidarität auch gelebt werden, lässt sich hier unmittelbar erleben.

Ein zukunftsfähiges Niedersachsen ist deshalb auf leistungsstarke Landkreise, Städte und Gemeinden angewiesen. Unsere Kommunen aber stehen vor ungekannten Herausforderungen, weil sich die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln und Gestalten spürbar verschlechtern:

1. Die Globalisierung und die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen führen zu einem verschärften überregionalen und internationalen Wettbewerb um Unternehmen und damit um Arbeitsplätze und um Arbeitskräfte.
2. Die demografische Entwicklung, die Integration, die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge fordern neue Lösungen, auf die Städte, Gemeinden und Landkreise nicht immer ausreichend vorbereitet sind.
3. Allerdings sind diese Probleme vielschichtig und regional sehr unterschiedlich:mancherorts kommen mehrere Faktoren zusammen, z. B. geringe Einwohnerzahlen, hohe Arbeitslosigkeit, infrastrukturelle Besonderheiten, aber auch ein extremer Einwohnerrückgang. In anderen Teilen unseres Landes ist die Entwicklung noch stabil.
4. Die Entwicklung der Kommunalfinanzen ist sehr bedenklich. Die strukturelle Finanzkrise der kommunalen Ebene ist nicht beseitigt, ganz im Gegenteil: Zur bestehenden Unterfinanzierung kommen die Auswirkungen der Finanzkrise und die Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung hinzu. Eine aufgaben-gerechte Finanzausstattung unserer Kommunen **ist und bleibt das Schlüsselthema**, wenn es um die Handlungsfähigkeit und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen geht: Eine kommunale Selbstverwaltung ohne eigene finanzielle Möglichkeiten verdient diesen Namen nicht.

Vor diesem Rahmen müssen sich Gemeinden, Städte, Samtgemeinden und Landkreise neuen Herausforderungen stellen:

1. Investitionen in Bildung, verstanden als **die** Zukunftsaufgabe

schlechthin. Wir brauchen einen deutlichen Ausbau der Krippenplätze, die Fortentwicklung von Kindergärten und – horten, den Ausbau von Ganztagschulen und die Sicherung von wohnortnahen weiterführenden Schulen, die in weiten Teilen Niedersachsens nur als gemeinsame Schule für alle denkbar sind.

2. Eine qualitätvolle Familienpolitik mit innovativen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und neuen sozialen Netzen.
3. Langfristige und zukunftsfähige Konzepte für die Bewältigung der demografischen und umweltpolitischen Entwicklungen.
4. Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur – auch zur Sicherung der gleichwertigen Lebensverhältnisse.
5. Integration als Grundlage für sozialen Zusammenhalt.
6. Leistungsfähige, wirtschaftliche und serviceorientierte Verwaltung.
7. Förderung und Stärkung des freiwilligen Engagements.
8. Technischer Fortschritt mit moderner Kommunikationstechnik, die immer schnellere Entscheidungsfindungen möglich macht.
9. Stärkere Bedeutung von Fragen der Gesundheitsversorgung auf kommunaler Ebene.

Um diese Herausforderungen zu bestehen, muss die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Auch hat die Einführung der Eingliederung, die Bedingungen der kommunalpolitischen Arbeit grundlegend beeinflusst und verändert. Die Auswirkungen demokratisch legitimierter Verwaltungsspitzen sind noch nicht überall bewältigt.

Wir wollen mit diesem Kommunkongress die Debatte darüber anstoßen, wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns ein Leitbild einer modernen und zukunftsfähigen kommunalen Selbstverwaltung vorstellen:

1. Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise benötigen eine aufgabengerechte Finanzausstattung durch eigene Einnahmen, aber auch durch einen ausreichenden Anteil an den Einnahmen des Landes (Finanzausgleich); die strikte Wahrung der Konnexität ist Voraussetzung für kommunales Handeln.
2. Auch in der Gesetzgebung braucht die kommunale Selbstverwaltung größere Freiräume: In den Kommunen machen erfahrene Männer und Frauen verantwortlich Politik für die Menschen, die sie gewählt haben; der Gesetzgeber muss

Vertrauen in ihre Entscheidungen haben und darf nicht alles detailliert vorgeben wollen.

3. Nach der Abschaffung der Bezirksregierungen durch die Wulff-Regierung wird eine Funktionalreform noch drängender: Aufgabenverteilung und Aufgabenerledigung zwischen Land und Kommunen einerseits sowie zwischen Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden müssen dringend neu und sinnvoll geordnet werden.
4. Kommunale Selbstverwaltung ist gekennzeichnet durch entscheidende Mitwirkung ehrenamtlicher Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen.
 - a) Das Ehrenamt muss gestärkt werden
 - durch Fort- und Weiterbildung
 - durch hauptamtliche Unterstützung (in größeren Kommunen),
 - durch Verlagerung von Kompetenzen in die Fachausschüsse.
 - b) Das Verhältnis von Rat und Verwaltung muss partnerschaftlich ausgestaltet sein.
 - c) Wichtige Themen müssen – auch ohne Öffentlichkeit – rechtzeitig vom Rat vorbesprochen sein.
 - d) Verwaltungsvorlagen müssen prägnanter, verständlicher, überschaubarer und frühzeitiger vorliegen und außerdem alternative Lösungsmöglichkeiten enthalten.
 - e) Das Verhältnis muss von Anerkennung und Respekt für die ehrenamtliche Arbeit geprägt sein.
5. Partnerschaftliche Selbstverwaltung fordert aber auch freiwilliges Engagement in allen Bereichen der Städte und Gemeinden und auch neue Instrumente der direkten Demokratie und andere Beteiligungsformen. Neue Formen der Kooperation vom Bürgerengagement bis zu Public Private Partnership mit Unternehmen haben hier ebenfalls ihren Platz.
6. Die Bedeutung der Kommunalpolitik sollte durch Einrichtung eines kommunalpolitischen Ausschusses im Deutschen Bundestag unterstrichen werden.

C. Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft – Chancen und Teilhabe in unseren Städten und Gemeinden

Besser gemeinsam

Die große Mehrheit der Migranten wird künftig einen deutschen Pass haben, so dass nicht mehr die „Ausländerpolitik“ im Zentrum der politischen Debatte stehen wird, sondern die Frage, wie man zu einem guten Miteinander aller hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Herkunft findet.

Zuwanderung sollte als charakteristisch für unsere Städte verstanden, nicht als gesellschaftlicher Notstand empfunden werden. Auch die Einwanderer früherer Jahrhunderte wurden nicht mit offenen Armen empfangen.

Eine entmischte Stadt, in der ethnische oder soziale Gruppen voneinander getrennt und nicht miteinander, sondern nebeneinander her leben, ist mit unserem Politikverständnis nicht vereinbar.

Integration ist eine gesellschaftliche und politische Schlüsselaufgabe. Dabei kommt es darauf an, nicht nur Defizite zu beschreiben, sondern auch die ungenutzten Potentiale, die durch unzureichende Integration der Zuwanderer brach liegen, zu heben. Die Städte und Gemeinden sollten Zuwanderung unter der Bedingung einer erfolgreichen Integration auch als Bereicherung und Stärkung empfinden.

Von erfolgreicher Integration können wir dann sprechen, wenn sich die Lebensbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund an die der Einheimischen im Sinne gleicher Chancen und gleicher Teilhabe angenähert haben.

Integration gelingt nicht automatisch, sie kann auch nicht „von oben“ verordnet oder durch politische Beschlüsse herbeigeführt werden.

Der Zugang zu Bildung muss gewährleistet und die Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt muss gefördert werden. Dies gelingt jedoch nur, wenn alle Beteiligten, Einheimische wie Zuwanderer, die Aufnahmegesellschaft wie die Selbstorganisationen der Migranten, aktiv und verantwortlich daran mitwirken.

Der Islam ist, ebenso wie andere Religionen, eine facetten- und auslegungsreiche Glaubensrichtung. Die übergroße Mehrheit der Muslime in Deutschland steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Eine gelungene Integrationspolitik muss islamophobe Einstellungsmuster und Vorurteile abbauen. Neben den religiösen sind vor allem auch die sozialen Aspekte von Migrationserfahrungen in den Vordergrund zu stellen.

Sozialdemokraten sehen wesentliche Unterschiede zwischen Menschengruppen nicht in der ethnischen Herkunft der Menschen, sondern in Bezug auf ihre soziale Lage, aber auch ihre Werte und Überzeugungen.

Dem steht entgegen, dass viele Menschen als elementares Merkmal ihres Kulturkreises die Religion ansehen. Die Revitalisierung der Religion in weiten Teilen der Welt verstärkt die Unterschiede zwischen den Kulturen noch. Dies bleibt auch nicht ohne Auswirkungen auf unsere Kommunen. Auf die kulturelle Dimension des Muslim-Seins hat die SPD noch zu wenig Antworten gefunden.

Die religiöse Praxis der Muslime in Deutschland ist wie bei den Christen in unserem Land sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Gebetshäufigkeit, die Einhaltung von religiösen Speisevorschriften, das Einhalten der islamischen Fastengebote und selbst das Kopftuchtragen sind keine Indikatoren für gelungene Integration. Anders sieht es bei der Teilnahme am gemischtgeschlechtlichen Sport- und Schwimmunterricht, am Sexualekundeunterricht sowie an Klassenfahrten aus. Die strukturellen Integrationsdefizite müssen hier ganz besonders Anlass verstärkter Integrationsbemühungen sein, denn „Verstehen“ heißt nicht überall auch „akzeptieren“.

Das Akzeptieren einer multikulturellen Welt mit ihren unterschiedlichen Werten und Normen findet in diesem Land seine Grenzen dort, wo die Freiheit des Individuums im Sinne der demokratischen Tradition der Bundesrepublik Deutschland unzulässig beschränkt werden soll.

Dem unter Muslimen in Deutschland sehr verbreiteten Wunsch nach Einführung islamischen, dem Grundgesetz entsprechenden Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, sollte Rechnung getragen werden. Dies setzt die weitere Etablierung einer islamischen Theologie und eine Religionspädagogik mit historisch-kritischem Religionsverständnis an niedersächsischen Hochschulen voraus.

Als Querschnittsaufgabe muss Integration in allen Politikbereichen der Landkreise, Städte und Gemeinden verankert werden, in den Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen, in der Stadtentwicklung, der Gesundheitsförderung oder der Seniorenarbeit, nicht zuletzt in der Verwaltung und in den politischen Gremien selbst.

Ohne gute Sprachkenntnisse und ausreichende Bildung ist Integration nahezu unmöglich. Auch wenn Bildung nicht automatisch zu Integration führen wird, weil die Gesellschaft viele weitere Hürden aufbaut, müssen Bildungsanstrengungen und Bildungsförderung früh ansetzen. Dabei ist es notwendig, bei „bildungsfernen“ Familien unter den Migranten den Nutzen einer guten Bildung und Ausbildung klarer als bisher zu machen, um den Bildungshunger der Jüngeren zu wecken.

Gewalt gegen Frauen in Migrantenfamilien ist nicht ein soziales oder Bildungsproblem, sondern es sind teilweise andere Werte und Ziele, nach denen in solchen Fällen hier gelebt wird. Eine Weltsicht, die auf autoritären Erziehungszielen beruht, ist nicht hinnehmbar. Die Gleichberechtigung von

Mann und Frau auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist der Lackmустest für erfolgreiche Integration in Deutschland.

Die interkulturelle Öffnung einer Verwaltung muss „Chefsache“ der Verwaltungsspitze sein, wenn sie erfolgreich werden soll.

In manchen Kommunen sind Ausländerbeiräte einberufen oder gewählt worden. Die Erfahrungen damit sind unterschiedlich, weil ihre Legitimation durch hohe Wahlbeteiligung nicht immer gegeben ist und sie von vielen Migranten als „Spielwiese“ betrachtet werden, die sie aus der realen Politik heraushält. Je mehr Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, desto mehr verlieren sie Legitimation. Es bietet sich aber in jedem Fall an, in den Städten und Gemeinden „Runde Tische“ zur Integration einzuberufen.

Längerfristig sollten alle Städte und Landkreise für ihr Gebiet ein Integrationskonzept verabschieden und sich darüber im Klaren werden, wie Menschen verschiedener Kulturen einen Beitrag für eine offene und tolerante Kommune leisten können.

Es ist sinnvoll, theologische Debatten soweit wie möglich von integrations- und gesellschaftspolitischen Erwägungen zu trennen. Ein/e Bürgermeister/in ist „Bürgermeister/in aller Einwohner dieser Stadt“, der Deutschen und Nichtdeutschen, der Christen aller Konfessionen, der Atheisten, Muslime aller Richtungen. Der Dialog zwischen Christen und Muslimen hingegen ist Aufgabe der Kirchen und Religionsgemeinschaften, nicht der „Stadtoberhäupter“. Gleichwohl sollten Hauptverwaltungsbeamte und Fraktionen auch mit den Trägern von Moscheen in regelmäßigen Kontakt stehen und diese auch besuchen.

Die politischen Parteien und insbesondere die SPD sind aufgefordert, ihre Gremien und Kandidatenlisten für Migranten zu öffnen. Migranten in einer Fraktion oder Partei sollten nicht unbedingt für Migrationspolitik zuständig sein und als Migrationspolitiker wahrgenommen werden, aber ohne Migranten in den Vorständen, Delegiertenversammlungen und Fraktionen lässt sich auf Dauer die Ernsthaftigkeit von sozialdemokratischer Integrationspolitik nicht belegen.

Bürgerschaftliches Engagement stellt auch für viele Migrantinnen und Migranten eine lohnenswerte Perspektive dar. Es ist dabei normal, dass häufig zunächst die Mitarbeit in Migrantenselbstorganisationen im Vordergrund steht. Säkulare Elternvereine sind die „geborenen“ Gesprächspartner für die einheimischen Behörden und Bildungsinstitutionen, sofern sie auf demokratischer Basis wirken. Wo sie noch nicht existieren, sollten sie mit Unterstützung der deutschen Politik ins Leben gerufen werden.

Die Mitarbeit von Migranten in Vereinen und Verbänden der deutschen Mehrheitsgesellschaft scheitert, abgesehen vom Sport, der unstreitig als besonders erfolgreiche Integrationsmaschinerie wirkt, häufig daran, dass Migranten diese als geschlossen wahrnehmen. Sie wollen dann dort nicht mitwirken oder sie fühlen sich dort nicht willkommen.

Von den Migranten ist zu verlangen, dass sie sich auf diese Integrationsangebote einlassen und ihrer Bringschuld zur Integration ebenfalls nachkommen. Unser Land, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft können auf Keinen verzichten, wenn wir gemeinsam erfolgreich sein wollen.

D. Bildung findet Stadt – Perspektiven für die kommunale Bildungspolitik

15 Thesen zur kommunalen Bildungspolitik

1. Die große Bedeutung von Bildung sowohl für die individuellen Lebenschancen wie für die gesellschaftliche Entwicklung ist unstrittig. Deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass in Deutschland wie in keiner anderen entwickelten Gesellschaft Bildungschancen von der Herkunft, vom sozialen Stand und dem Bildungsgrad des Elternhauses abhängig sind. Das alte sozialdemokratische Ziel, mehr Chancengleichheit durch mehr Bildungsbeteiligung zu erreichen, ist heute aktueller denn je.
2. Bildung vermittelt sich vor Ort, in der Familie, der Kindertagesstätte, der Schule. Zugleich ist jede Region in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung darauf angewiesen, ihre endogenen humanen Potenziale bestmöglich auszuschöpfen. Deshalb ist das regionale Interesse sehr groß, in Bildung zu investieren, für ein Ausschöpfen der Bildungsreserven zu sorgen und damit ein Maximum an Chancen für den einzelnen zu ermöglichen. Daher ist es klug, die Verantwortung für Bildung so weit wie möglich schrittweise in regionale Hände zu legen.
3. Seit dem Pisa-Schock ist klar: Deutschland ist im Bildungsbereich nur zweitklassig. Damit rückt die Frage nach einer optimalen Qualität der Bildungseinrichtungen in den Mittelpunkt. Die Frage nach Bildungsstrukturen kann keine ideologische Auseinandersetzung mehr sein, sondern muss unter dem Gesichtspunkt beantwortet werden: Welche Struktur ermöglicht ein Maximum an Qualität?
4. Einer der wichtigsten Unterschiede in den deutschen Schulsystemen gegenüber den PISA-bestplatzierten Nationen Finnland, Korea und den Niederlanden ist, dass alle erfolgreichen PISA-Staaten die Verantwortung für die Schulen in erster Linie der kommunalen Ebene zuweisen. Daraus lässt sich lernen: Eine Stärkung des kommunalen Einflusses auf die Schulen trägt zur Qualitätssicherung bei.
5. Städte und Landkreise könnten eine Verantwortung für Schulen bündeln mit ihren vielfältigen anderen Kompetenzen für junge Menschen, von der Jugendhilfe, Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, den Musikschulen, der Migrationsarbeit über die berufliche Weiterbildung und Erwachsenenbildung bis hin zur Gesundheits- und Suchtprävention und zur Sozialhilfe

einschließlich Eingliederungshilfe für behinderte Kinder und Jugendliche. Zugleich könnte die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden.

6. Selbstverständlich setzt die Übernahme weiterer Aufgaben durch die Kommunen eine verfassungsrechtlich abgesicherte Finanzierung voraus. Die Aufgabenübertragung auf die Kommunen hat unter Beachtung des Konnexitätsprinzips zu erfolgen, d. h., dass in dem Umfang der übernommenen Aufgaben auch die erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen sind.

7. Schlüssel für Bildungsreformen und entscheidende Ressource für die Verbesserung der Bildungsqualität in den Schulen sind die Lehrkräfte. Deshalb muss die Mitwirkung der Schulträger bei der Auswahl der Schulleiter und Lehrkräfte gestärkt werden. Langfristig ist die nicht mehr zeitgemäße Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten durch Übernahme der Personalverantwortung für die Lehrkräfte in kommunaler Trägerschaft unabdingbar.

8. Eltern wollen ihren Kindern den bestmöglichen Schulabschluss und damit einen optimalen Einstieg in die Ausbildung und das Berufsleben ermöglichen. Dies führt zu sinkenden Anmeldezahlen an Hauptschulen und steigender Nachfrage nach gymnasialen Angeboten. Um den Elternwillen einzulösen sind die Hürden für die Errichtung neuer Gesamtschulen abzusenken. Unter Beachtung pädagogischer Qualitätskriterien müssen auch vier- und dreizügige, in Ausnahmefällen auch zweizügige Systeme möglich sein.

9. Eine bessere schulische Förderung aller Kinder und die immer wichtiger werdenden Aufgaben des Bildungssystems als sozialem Lernort erfordern die Errichtung von Ganztagsangeboten an allen Schulformen.

10. Der quantitative und qualitative Ausbau der öffentlichen Kindertagesbetreuung ist eine zentrale Aufgabe politischen Handels. Mit Kindertagesbetreuung können die Eltern unterstützt und entlastet werden. Auch ist eine qualifizierte außerfamiliäre Betreuung für die Entwicklung von Kindern von großer Bedeutung. Kinder brauchen zu ihrer Entwicklung auch das Zusammensein mit anderen Kindern. Zudem muss Bildung im möglichst frühen Alter ansetzen, denn gerade kleine Kinder sind besonders neugierig und lernwillig. Deshalb eröffnet die frühkindliche Bildung und Erziehung auf besonders effiziente Weise umfassende Lern- und Entwicklungschancen.

11. Die Angebotsvielfalt in der Kinderbetreuung muss bedarfsgerecht erhalten und ausgebaut werden. Die unterschiedlichen Angebote sichern flexible Betreuungszeiten. Sie müssen individuell zugeschnitten werden können, so dass bei Bedarf eine Betreuung auch abends, am Wochenende oder über Nacht gesichert ist. Die vor Ort erforderliche Flexibilität bei der Ausgestaltung von Kindertagesbetreuung darf nicht durch zu viele Richtlinien, Verwaltungsvorschriften, Ausführungsbestimmungen etc., wie sie derzeit vielfach bestehen, eingeengt werden. Das Verfahren für die Erteilung der Betriebserlaubnisse für Kindertageseinrichtungen sollte auf der Ebene der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe verankert werden.

12. Nicht erst die PISA-Ergebnisse haben gezeigt, welche langfristigen Folgen eine unzureichende fachliche Qualität auch im Elementarbereich für die Zukunftschancen der Kinder und der Gesellschaft hat. Längst verstehen die Kommunen Kindertageseinrichtungen nicht mehr nur als Betreuungseinrichtungen, sondern als kompetente Partner der Eltern und Familien in der Erziehung und Bildung, als Anwalt der Kinder zur Verbesserung ihrer individuellen Chancen und als Kooperationspartner der Grundschulen für einen reibungslosen Übergang in die Schule. Die Kindertageseinrichtungen sollten zu einer eigenständigen Bildungseinrichtung werden. Die Ausbildung der Erzieher/innen muss den geänderten Anforderungen inhaltlich Rechnung tragen.

13. Auch beim Übergang zur Schule muss die Kooperation des Kindergartens und der Grundschule vor der Einschulung der Kinder verstärkt werden. Eine Verzahnung mit dem vorschulischen Bildungsbereich ist wichtig und notwendig.

14. Sprachförderung ist für alle Kinder von Bedeutung. Ziel ist das Erreichen einer altersgemäßen Sprachkompetenz der deutschen Sprache. Bei Kindern mit Migrationshintergrund ist Sprachförderung besonders wichtig, damit sie mit ausreichenden Deutschkenntnissen das schulpflichtige Alter erreichen. Erfahren die Kinder in ihrem familiären Umfeld hauptsächlich die Muttersprache, so ist die Kindertagesbetreuung oftmals die einzige Gelegenheit zum Erlernen der deutschen Sprache. Die Kommunen legen daher besonderen Wert auf die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund.

15. Der Schutz der Kinder vor Misshandlung und Vernachlässigung ist eine wichtige Aufgabe aller Institutionen, die der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern dienen und in denen sie sich aufhalten. Präventive Gesundheitspolitik muss früh einsetzen, um den Folgen mangelnder Bewegung und einseitiger Ernährung entgegen zu wirken.